

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d



## Inhalt

Egon Lutz MdB wertet Blüms beschäftigungspolitische Anstöße: Dreimal ein voller Schuß in den Ofen.

Seite 1

Norbert Gansel MdB wirft der Regierung Desinformation und Irreführung beim Waffenexport nach Saudi Arabien vor.

Seite 2a

Inge Wettig-Danielmeier MdL, AsF-Bundevorsitzende, weist auf einen skandalösen Fall beim Paragraph 218 hin.

Seite 3

Ulrich Albrecht, Professor für Politische Wissenschaften, analysiert Reagans "Star-wars"-Konzept.

Seite 4

Klaus Daubertshäuser MdB weist auf die Vernachlässigung des ÖPNV durch die Bundesregierung hin: Ein umweltpolitisches Trauerspiel.

Seite 7

40. Jahrgang / 39

26. Februar 1985

Der Arbeitsminister, der den Arbeitsmarkt nicht kennt

Blüm hat den Ehrgeiz, wöchentlich dreimal seine beschäftigungspolitische Inkompetenz beweisen zu wollen

Von Egon Lutz MdB  
Obmann der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion

Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm scheint von dem merkwürdigen Drang besessen zu sein, allwöchentlich mindestens dreimal seine beschäftigungspolitische Inkompetenz unter Beweis stellen zu wollen. Das gelingt ihm auch immer wieder, wie uns drei Beispiele aus der jüngsten Zeit eindrucksvoll lehren. Um zu einer besseren Auslastung der modernen Technik zu gelangen, empfiehlt der Arbeitsminister die Rückkehr zur 6-Tage-Woche. Aus den USA zurückgekehrt, meint Herr Blüm, feststellen zu müssen, es gebe auf dem Arbeitsmarkt zu viele Aussteiger. Das sei nicht in Ordnung, man brauche mehr Umsteiger, Leute also, die sich beherrscht den technischen Veränderungen stellen würden. Und schließlich erfährt das staunende Bundesvolk, daß man im Hause Blüm heftig darüber nachdenke, die Altersgrenze in der Rentenversicherung ab 1990 über das 65. Lebensjahr hinaus anzuheben.

Dreimal ein voller Schuß in den Ofen, das macht Seiner kugelrunden Fröhlichkeit so leicht keiner nach. Weil wir aber nicht mehr in der närrischen Saison leben - obwohl das der Kanzler und sein Arbeitsminister nicht wahrhaben wollen - sei mit allem Bierernst in Blüms Erkenntnissen herumgestochert.

1. Die Idee mit der Arbeit am Samstag und andere im sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetz enthaltenen gesetzliche Änderungen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit zielen darauf ab, die Menschen stärker als bisher an die betrieblichen Erfordernisse und Produktionsschwankungen anzupassen. Irgendjemand muß dem Minister den Floh ins Ohr gesetzt haben, dadurch eröffne man



ganz allgemein neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Das genaue Gegenteil wird der Fall sein. Je disponibler der Mensch für die Produktionsplanung wird, umso sparsamer kann man mit der Ressource menschliche Arbeitskraft umgehen. Man rationalisiert und der Herr Blüm wird noch viel mehr Arbeitslose als heute schon vor die Türen der Arbeitsämter gekehrt bekommen.

2. Blüms amerikanische Erkenntnisse sind nun fast schon infam zu nennen. Der "Normal-Aussteiger" aus dem Arbeitsmarkt hat ja nicht den Hauch einer Chance gehabt, sich veränderten technologischen Bedingungen anzupassen. Er ist nicht "ausgestiegen", man hat ihn schlicht hinausgeworfen. Und man hatte ihm vorher nicht ermöglicht, durch individuelle Fortbildung oder Umschulung sein persönliches Arbeitsplatzrisiko zu mildern. Vollends absurd wird die Blüm'sche These, wenn man sich vergegenwärtigt, daß beginnend mit diesem Jahr und von da an immer dramatischer, einer wachsenden Zahl ausgebildeter junger Menschen der Einstieg ins Erwerbsleben versperrt sein wird, und daß noch kein schlüssiges Konzept vorliegt, wie diesen Ausgesperrten wirksam geholfen werden könnte. Nicht einmal die Devise, vor dem Einsteigen umzusteigen, paßt auf diese Form von Betroffenheit. Man muß schon sehr ignorant sein, um diese Problematik nicht zu erkennen.
3. Was soll man von einem Arbeitsminister halten, der seine sozialpolitischen Mißgriffe mit beschäftigungspolitischen Manövern kurieren möchte. Alle Experten warnen, daß die Unterbeschäftigung uns noch den ganzen Rest dieses Jahrtausends begleiten wird. Auch die kühnsten Optimisten gehen nur von einer allmählichen Abflachung der Arbeitslosenkurve aus - dies aber auch nur, wenn wirtschafts- und beschäftigungspolitisch etwas mehr in Gang kommt als das heutige Starren auf die Selbstheilungskräfte des Marktes. Die stagnierende beziehungsweise schrumpfende Zahl von Arbeitsplätzen wird unser soziales Sicherungssystem ins Schleudern bringen. Wenn man bei einer solchen beschäftigungspolitischen Großwetterlage die Rentner im Arbeitsmarkt zwangsverpflichten will, dann muß man schon ein sehr reiner Tor sein, um sich selbst nicht komisch vorzukommen. Blüms Kollege Gerhard Stoltenberg ist da ungleich vorsichtiger. Ihn deutet, daß man zumindest einmal über das Problem einer Werterschöpfungsabgabe wird nachsinnen müssen. Man wird dies schneller tun, als manche Herren in der Rechtskoalition heute glauben. Weil nämlich anders die sozialen Sicherungssysteme, die allesamt arbeitsplatzabhängig sind, auf Dauer nicht finanzierbar sein werden.

Im Ernst: es ist ein Verhängnis, daß diesem Arbeitsminister so gänzlich das Gefühl um beschäftigungspolitische Krisenlagen und Notwendigkeiten abgeht. Die Wirtschaftsteile der Zeitungen sind voll von Meldungen über Massenentlassungen, über Rationalisierungswellen und personalpolitische "Anpassungsprozesse". Sie sind die unausweichliche Begleiterscheinung des gegenwärtigen tiefgreifenden Wandels unserer Produktions- und Dienstleistungsgesellschaft, wenn nicht gegengesteuert wird. Den Minister wird dies nicht anfechten. Nächste Woche wird er wieder tönen, daß ein ungewöhnlich kalter Februar den neuen Negativ-Rekord auf dem Arbeitsmarkt bewirkt habe. Vielleicht sticht ihn dann erneut den Hafer und der Minister verkündet, nun müßten wir alle zusammenrücken und eine Stunde mehr arbeiten, um die krisenhafte Situation zu meistern. Es wäre diesem Minister zuzutrauen und die logische Fortsetzung seiner bisherigen beschäftigungspolitischen Eseeleien.

(-/26.2.1985/va/ks)

+ + +



Panzergeschäft als "Normalisierung"  
-----

Die Bundesregierung betreibt beim Waffenexport nach Saudi Arabien Desinformation

Von Norbert Gansel MdB

Die SPD bemüht sich auch als Opposition, - wenn möglich - schwierige Verhandlungen der Bundesregierung mit ausländischen Regierungen nicht noch zusätzlich zu erschweren. Diese Möglichkeit besteht aber dann nicht, wenn ausländische Regierungen und die deutsche Öffentlichkeit bewußt getäuscht werden, wenn dadurch die allgemeine Verlässlichkeit der deutschen Außenpolitik in Zweifel gebracht wird, - und wenn es sich dabei auch noch um den Bereich der deutsch-israelischen Beziehungen handelt, in dem die Integrität eines neuen deutschen Staates sich bewähren muß.

Nur scheinbar hat die Bundesregierung Forderungen aus der bayerischen Staatskanzlei zurückgewiesen, vermehrt Waffen in den Nahen Osten zu liefern, um die Auftragslücken der Rüstungsindustrie zu schließen. Anlaß für die scheinbare Klarstellung ist der Besuch des israelischen Außenministers in Bonn und die dazu schrecklich passende Forderung des Ministerpräsidenten aus München, gewissermaßen zum Beweis der Normalisierung deutsch-israelischer Beziehungen auch Leo II Panzer nach Saudi Arabien zu liefern, und die Proteste nicht nur der SPD-Bundestagsfraktion sondern auch einzelner Abgeordneter von CDU und der FDP gegen diese Straußsche Zumutung.

Tatsache ist:

1. Bundeskanzler Kohl hat entgegen der definitiven Absage durch die sozialliberale Bundesregierung vom Juni 1982 in Saudi Arabien erneut Hoffnungen auf Lieferung von Leo II Panzern geweckt.
2. Bundeskanzler Kohl hat im Oktober 1983 mit Saudi Arabien - erstmalig mit einem Staat außerhalb des Vertragsgebiets der NATO - eine verteidigungspolitische Zusammenarbeit amtlich vereinbart.
3. Entgegen anders lautenden Behauptungen ist der Auswärtige Ausschuß auch in vertraulicher Sitzung über die Entwicklung dieser Zusammenarbeit nur lückenhaft und mit dem Ziel der Irreführung unterrichtet worden.
4. Voranfragen deutscher Rüstungsunternehmen, die in Saudi Arabien nach Ermunterung durch die Bundesregierung auf Akquisition gegangen sind, betreffen nicht nur 300 Leo II Panzer, sondern auch rund 700 Kampf-, Flak- und Transportpanzer, ein Panzerreparaturwerk, Kampfhubschrauber, Raketenwerfer, Schiffslaffetten, schnelle Kriegsschiffe zum Minenlegen und -räumen und Munition für Panzer und Artillerie in Millionenzahlen. Diese Voranfragen bei der Bundesregierung sind nicht abgelehnt worden. Sie bilden "Verhandlungsmasse", - wenn aus dem Leo-Geschäft nichts wird.
5. Der Hinweis auf eine "restriktive Waffenexportpolitik" ist blanker Hohn. Im Jahre 1983 hat die Bundesrepublik mit 8,6 Milliarden DM für Kriegswaffen und Rüstungsgüter einen neuen Nachkriegsexportrekord aufgestellt. Das ist zwar nur ein kleiner Teil der gesamten Warenausfuhr der Bundesrepublik (0,5 Prozent), aber ein großer Schaden für die Glaubwürdigkeit unserer Friedenspolitik. - Die Zahlen für 1984 sind übrigens noch geheim.
6. Die SPD-Bundestagsfraktion wird diesen Skandal vor den Bundestag bringen und Konsequenzen für das Kriegswaffenkontrollrecht ziehen. (-/26.2.1985/va/ks)

+ + +



Scheinheiligkeit um den Paragraphen 218

Die Evangelische Kirche ließ die Menschlichkeit außen vor

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Die Debatte um den Paragraphen 218 ist in den letzten Tagen um eine neue Variante bereichert worden. Eine angehende Theologin hat ihre Schwangerschaft abgebrochen, obwohl sie das Kind gern ausgetragen hätte, weil sie befürchtete, mit einem unehelichen Kind keine Chancen auf Anstellung als Pastorin zu haben.

Der Fall ist von der Schwangerschaftsberaterin veröffentlicht worden, mit dem Appell an die Evangelische Kirche, deutlich für künftige Fälle klarzustellen, daß eine solche Sorge grundlos sei, weil ein uneheliches Kind kein Grund gegen eine Ordinierung als Pastorin sei. Die Diskussion lief anders. Die Kirche sah sich angegriffen und ging zum Gegenangriff über. Mit inquisitorischen Mitteln wurde und wird nach der Theologin gefahndet und nach den Pastoren, die die Befürchtung der jungen Frau wegen ihrer Berufschancen bestätigten. Das erlösende Wort, das gerade Frauen von der Evangelischen Kirche erwartet hätten, blieb bis heute aus.

Die konservative Presse - und in Teilen auch die offizielle Kirche - ging statt dessen zum Angriff gegen die Notlagenindikation und ihren angeblichen Mißbrauch über. Die gebrauchten Argumente sind zutiefst scheinheilig. Da wird geltend gemacht, drohende Berufsbeeinträchtigung oder gar die Unmöglichkeit, den erstrebten Beruf auszuüben, sei keine Notlage. Wie viele Männer drängen und nötigen Tag für Tag ihre Frauen, ihre Geliebten, ihre Lebensgefährtinnen Schwangerschaften abzubrechen, wegen ihrer - der Männer - Karrierechancen - und nicht weil sie ihren Beruf nicht ausüben könnten. Wenn ein Mann mit Abbruch der Beziehung droht, ist das natürlich eine Notlage. Was denken sich eigentlich diese Herren Leitartikler und Kommentatoren? Ist der Beruf für sie nicht wesentlich oder gar wesentlichster Bestandteil ihres Seins, ihres Selbstwertgefühls?

Ist die Frau zu geißeln oder die Schwangerschaftsberaterin, die hier eine Notlage sieht, oder sind die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern, die eine Frau vor eine solche Alternative stellen? Der Gnadenakt: "Wir nehmen in Sonderfällen auch Frauen mit unehelichen Kindern" hilft nicht. Solange wir eine Gesellschaft haben, die Frauen mit Kindern und schlimmer noch mit unehelichen Kindern auf Schritt und Tritt benachteiligt, bringt jede Frau, die ein Kind zur Welt bringt, ein unkalkulierbares Opfer. Die Gesellschaft ist anzuprangern und zu verändern. Aber genau diese Chance, einen Beitrag zu mehr Mitmenschlichkeit auch für Frauen zu leisten, hat die Evangelische Kirche bis jetzt versäumt.

(-/26.2.1985/va/vo-he)

+ + +



## Jenseits der Waffen für den Krieg der Sterne

---

Die wirklichen Motive und Grundmuster der Weltraumrüstung

Von Ulrich Albrecht

Professor für Politische Wissenschaften an der Freien Universität Berlin

US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger bietet den europäischen Bündnispartnern die Beteiligung an Amerikas ehrgeizigstem Rüstungsprojekt an, der Forschung und Entwicklung von Waffensystemen für den "Krieg der Sterne". Den Europäern würden die weitestmöglichen Teilnahmechancen eingeräumt werden. Die Regierung Kohl, welche dem Projekt lange distanziert gegenüberstand, schwenkt jetzt um, wie man angibt, aus industriepolitischen Gründen. Die sowjetische Regierung lehnt diese neue Rüstung kategorisch ab, sie macht von einer Veränderung der amerikanischen Haltung in dieser Frage den Erfolg der Genfer Raketen-Verhandlungen insgesamt abhängig. Das sind die Anlässe, um möglichst erschöpfend die Frage zu beantworten, was denn die Konzeption vom Krieg der Sterne wirklich bedeutet, wie sehr die US-Regierung an dieses Projekt gebunden ist, und welche Chancen somit für die Genfer Verhandlungen gegeben sind.

Das Konzept vom Krieg der Sterne ist weitaus mehr als eine Fortentwicklung von Rüstung. Die amerikanische Politik strebt mit diesem Programm eine grundsätzliche Modernisierung der eigenen Industrie an. Als Nachfolgekonzept nicht wirkender herkömmlicher Verfahren zur Belegung der Wirtschaftstätigkeit soll dieses Programm der US-Wirtschaft den ersehnten langfristigen Wachstumsauftrieb verschaffen. Die außenpolitische Dividende, die Sicherung der Vorrangstellung Amerikas in der Welt, bleibt demgegenüber ein Nebenertrag.

Vor diesem Rahmen wirkt die aktuelle Debatte über das Konzept vom Krieg der Sterne provinziell und verkürzt. In der Bundesrepublik wird unter Rüstungsexperten und Naturwissenschaftlern über die Ausführbarkeit von Weltraumwaffen, unter Politikern und Ökonomen über die technologiepolitische Bedeutung einer Beteiligung der Bundesrepublik diskutiert.

Unter Naturwissenschaftlern und Ingenieuren bestreitet die eine Seite, daß sich aus Laserkanonen tatsächlich militärisch funktionstüchtige Waffen zur Abwehr von Raketen entwickeln lassen. Selbst wenn man unterstellte, die Aufladung solcher Superlaser mit Atomspaltungen im Weltall würde unter militärischen Einsatzbedingungen (und nicht nur unter Laborbedingungen) klappen - die Bewegung großer Massen wie des schweren Lasergerätes zur Ausrichtung auf die Ziele, besonders die rasche und fehlerlose Nachrichtung des Laserstrahles auf hunderte einfliegender Kernsprengköpfe, ist mit hinreichender Genauigkeit einfach nicht zu schaffen. Eine Teilgruppe von Naturwissenschaftlern ist gleichermaßen skeptisch und bezweifelt, daß Raumlaser je zu einsatzfähigen Waffen entwickelt werden könnten - aber mit den Milliarden für diese Forschung ließe sich doch sehr schöne Physik machen, die obendrein möglicherweise technologisch und volkswirtschaftlich positiv zu Buche schlage (dies ein erster Hinweis auf die die "strategische Verteidigungsinitiative" von Präsident Reagan eigentlich tragenden Motive). - Dagegen steht eine Gruppe von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren, die der Überzeugung Ausdruck gibt, mit diesen Waffen lasse sich endlich das Traumziel der Rüstungstechniker, die absolute Waffe erreichen, gegen die es kein Gegenmittel gebe. Diese Position wird von einem hohen moralischen Selbstwertgefühl getragen, soll doch mit diesen Waffen jeder Angriff unmöglich gemacht und das politische Problem Sicherheit durch technische Mittel gelöst werden. Daß sich Laserwaffen im Raum nicht nur gegen Raketen, sondern auch alle möglichen Satelliten zur Aufklärung oder womöglich auch auf Erdziele richten lassen, übersieht diese Position zumeist geflissentlich.



Tagespolitisch steht das Argument im Vordergrund, die Weltraumwaffen repräsentierten die Technik der Zukunft, bei der man - Friedenspolitik hin und Friedenspolitik her - aus Gründen der Überlebensfähigkeit der Volkswirtschaft mitbeteiligt sein und mithalten müsse. Selten ist eine unbewiesene Aussage gläubiger nachgesprochen, gebetsmühlener wiederholt worden. Es könnte ja sein, daß die Weltraumwaffen eben nicht der Joberzeuger, der Wachstumsfaktor sind (weil Arbeitsplätze in diesem Bereich hochqualifiziert und überdurchschnittlich teuer sind), und daß etwa eine Priorität für Unterhaltungselektronik, wie sie in Japan gesetzt wurde, ungleich wirksamer die Volkswirtschaft belebt. Aber die Technologiepolitiker in der Bundesrepublik, allen voran der Bundesminister Riesenhuber, suchen uns weiszumachen, daß die Weltraumrüstung künftig die technologische Kompetenz im internationalen Konkurrenzkampf bestimmt. Mit der gleichen Entschiedenheit könnte man uns das Überschallverkehrsflugzeug oder den Schnellen Brüder der Kerntechnologie ans Herz legen - wenn diese Paradebeispiele des technischen Fortschrittes nicht längst schon als Pseudostücke, als gesellschaftlich kostenintensiver denn als nutzbringend entlarvt worden wären.

Das mitreißende Motiv, welches dem Programm vom Krieg der Sterne Auftrieb gibt, besteht aus einer bemerkenswerten Verbindung zwischen militärtechnischen und ökonomischen Gründen. Angesichts der allgemeinen Ratlosigkeit, wie den stagnierenden Ökonomien ein anhaltender Wachstumsschub zuzuführen sei, und wie des weiteren die nukleare Bedrohung durch weitreichende Raketen neutralisiert werden könnte, erweist sich das Konzept vom Krieg der Sterne geradezu als Allheilmittel. Amerika "solle wie eine Rakete zu den Sternen emporheben", hieß es bildhaft im US-Wahlkampf 1984, während die Sowjetunion, "das dunkle Reich des Bösen", hintan bleiben sollte - militärisch, technisch, ökonomisch. In einer nunmehr eindrucksvollen Serie von Ankündigungen hat Präsident Reagan sein Programm vorgestellt:

- Am amerikanischen Nationalfeiertag, dem 4. Juli 1982, verkündet der US-Präsident anlässlich der Landung der Raumfähre Columbia ein "Raumfahrtprogramm der nationalen Sicherheit". Diese Ankündigung der Entwicklung und Stationierung kosmischer Systeme findet wenig Beachtung.
- In seiner "Star-Wars"-Rede vom 23. März 1983 fordert der US-Präsident ein umfassendes, vor allem im Weltraum stationiertes Raketenabwehrsystem.
- Am 25. Januar 1984 beauftragt der Präsident die Weltraumbehörde NASA förmlich, eine bemannte permanente Raumstation "der westlichen Welt" zu bauen.
- Im August 1984 legt der Präsident mit Pathos eine "Neue Nationale Weltraumstrategie" vor. Vorgesehen sind bemannte militärische Operationen im Weltraum, unter anderem Flüge zum Mond und zum Mars.

Das Konzept vom "Krieg der Sterne" soll in amerikanischer Sicht wesentlich mehr sein als ein kurzfristig angelegter Versuch, mittels einer staatlichen zusätzlichen Nachfrage einen massiven Förderungsschub für die Wirtschaft zu erzeugen, oder auch nur durch die Eskalation der Rüstungsforschung im Wettüben erneut die Nase vorn zu haben. Es stellt ein Gesamtprogramm dar, es soll Amerika zügig ins nächste Jahrtausend führen. In der Selbstsicht ist diese Konzeption nicht einmal aggressiv: Verteidigungsminister Weinberger verfolgt die Parole, den Militärapparat aufzubauen, ihn aber nicht einzusetzen.

Es läßt sich absehen, daß das Programm vom "Krieg der Sterne", wird es realisiert, nicht lediglich zur Fortsetzung der Rüstung mit neuen Mitteln gerät, sondern unser



Bild vom Kriege drastisch verändern wird. In den Köpfen spukt nach wie vor die Kriegserfahrung des Zweiten Weltkrieges als das Muster von Kampfhandlungen. Das wichtigste Bedrohungsszenarium für die Bundesrepublik, ein Panzervorstoß des Warschauer Paktes quer durch die Norddeutsche Tiefebene nach Westen, veranschaulicht dieses der Vergangenheit verhaftete Blitzkriegsdenken nur zu deutlich. Dieses rückwärts bezogene Kriegsbild folgt dem Muster des Zweiten Weltkrieges in weiteren Einzelheiten: am Ende kommen die Amerikaner mit Truppen und ihren unerschöpflichen Hilfsquellen, um den Angriff abzuschlagen. Ganz allgemein läßt sich ein Bruch zwischen moderner Rüstungstechnologie und überholtem Kriegsbild feststellen. Für die US-Luftwaffe beruht ihre heutige strategische Rolle auf den Langstreckenbombardements des vergangenen Weltkrieges, während die Fernraketenstreitkräfte der UdSSR nicht nur aus der Artillerie hervorgegangen sind, sondern auch wie eine Art Verlängerung dieser Waffe begriffen werden.

Mit seiner Formel vom Krieg der Sterne setzt Präsident Reagan ein Muster, welches eine gleiche Prägekraft zu entwickeln scheint wie bislang der Zweite Weltkrieg. Solche Wandlungen militärisch-technischer Grundmuster (und ihre Folgen für Industrie und Gesellschaft) lassen sich in historischer Perspektive nachzeichnen. In Großbritannien führte der Sieg bei Trafalgar 1805 zu der grundsätzlichen Auffassung, daß schwere Kriegsschiffe das Kernstück der Rüstung bilden - ein Konzept, welches bis zum Flottenwettrennen mit dem wilhelminischen Deutschland und dem Ersten Weltkrieg nicht in Zweifel gezogen wurde. Für den Aufstieg der Schwerindustrie zur Schlüsselgröße der Industrialisierung hatte dieses Konzept erhebliche Bedeutung.

Zunächst hatte man lange geglaubt, die Kernenergie würde in vergleichbarer Weise wie einst Schlachtschiff und Überseedampfer das technologische Kernstück der weiteren Industrialisierung bilden. Kernenergie würde so billig wie Dreck, hieß ein Slogan aus jener Phase, und mit der absoluten Waffe, der Atombombe, sowie der von ihr ausgehenden Abschreckungswirkung schien ein friedliches Nuklearenergiezeitalter mit glänzenden Aussichten für die Industrie gesichert. Niemand glaubt heute mehr im Ernst an dieses Nuklearkonzept.

Die Proklamierung des neuen militärisch-industriellen Konzeptes mit seinen mutmaßlich umfassenden Folgen wirft ein düsteres Licht auf die Erfolgchancen der Genfer Raketenverhandlungen. Der sowjetische Wunsch nach Entmilitarisierung des Weltraums muß der US-Regierung wie die Aufforderung erscheinen, auf ihr Konzept einer Modernisierung Amerikas und die Sicherung auch ihrer wirtschaftlichen Führungsrolle zu verzichten. Ein solcher Verzicht ist schlechterdings nicht zu erwarten.

Unter den Europäern hat der französische Präsident Mitterrand im Februar 1984 als erster energisch die amerikanische Herausforderung aufgegriffen. Seiner Ansicht nach "muß man seinen Blick schon über die Atomwaffen hinausrichten". Eine "Europäische Weltraumgemeinschaft" wäre nach Präsident Mitterrand geeignet, militärisch und industriell den Supermächten Paroli zu bieten. Aus Bonn sind nur undeutliche Signale zu hören - am liebsten, so scheint es, würde die Regierung Kohl sowohl bei dem einen wie auch bei dem anderen Projekt ein wenig mitmachen. (-/26.2.1985/va/ks)

+ + +



**Trauerspiel**  
-----

**Die Bundesregierung und der Umweltschutz**

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Schmalspurigkeit und Unfähigkeit für klare Entscheidungen kennzeichnen die Regierung in Sachen Umweltschutz. Sie hat steuerliche Förderungsmaßnahmen für schadstoffarme Autos endlos diskutiert und Entscheidungen immer wieder verschoben. Die zunehmende Verunsicherung der Autofahrer hat böse Folgen für Unternehmen und Beschäftigte in der Autoindustrie.

In diesen Sandkastenspielen über Steuerbegünstigungen und Steuerbelastungen ist der Bundesregierung der Überblick verloren gegangen, sonst hätte sie erkennen müssen, daß mehr Umweltschutz auch durch eine stärkere Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs erreichbar ist. Dies gilt für Busse und Bahnen gleichermaßen. Daher bleibt die Forderung der SPD nach wie vor aktuell: Vorrang für den öffentlichen Personennahverkehr.

Der öffentliche Personennahverkehr benötigt verstärkte Förderung - und keinen Abbau, wie dies der Verkehrsminister gemeinsam mit dem Finanzminister betreibt. Verstärkte Investitionsförderung nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz über das bisher zur Verfügung stehende Aufkommen an Mineralölsteuer sind ebenso das Gebot der Stunde wie Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherung der Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs.

Die Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs geraten zunehmend unter Kostendruck - öffentliche Unternehmen gleichermaßen wie private Unternehmen. Fahrgeldanpassungen scheiden aus, der Kostendruck kann also nicht weitergegeben werden. Dies trifft private Unternehmen härter noch als öffentliche, die auf eine Abdeckung der roten Zahlen über Steuergelder hoffen können. Und dies trifft die Fläche härter als die Ballungsgebiete, da gerade hier der Bus nahezu das einzige Verkehrsmittel darstellt.

Ein ÖPNV-Energie-Programm - seit langem gefordert auch vom Nahverkehr selbst - muß jetzt dringend verwirklicht werden. Ohne ein solches Programm kommt der Nahverkehr immer mehr unter Druck. Die Alternative heißt dann aber Einschränkung des Angebots. Unter den derzeitigen Bedingungen ist dies die schlechteste Alternative, denn nur ein qualitativ gutes Nahverkehrsangebot kann die Autofahrer zum Umsteigen auf den öffentlichen Nahverkehr bewegen. So aber wird der Autofahrer gezwungen, weiter seinen eigenen Pkw zu benutzen. Das aber nutzt weder dem Autofahrer noch der Umwelt.

(-/26.2.1985/va/ks)

+ + +

